

Bild: NRWSPD ©

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Land ist auf gutem Kurs: Die Wirtschaft wächst solide, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit über 20 Jahren. Die Bildungsinvestitionen liegen auf Rekordniveau. Vieles haben wir bereits erreicht. Wir haben gezeigt, dass wir Wandel erfolgreich gestalten können. Unser Plan für NRW wirkt.

Doch es gibt noch viel zu tun: Wir brauchen noch mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung. Die Familien können darauf vertrauen, dass wir die Betreuung in Kitas und Schulen qualitativ und quantitativ weiter ausbauen und Elternbeiträge für Kitas streichen. Wir wollen Arbeitssuchenden den Wiedereinstieg in Arbeit besser ermöglichen und dafür den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen. Und wir gestalten den Weg in die digitale Welt: vom schnellen Internet in ganz NRW bis zum digitalen Lernen. Wir wollen unseren Plan für NRW weiter umsetzen. Wir machen Nordrhein-Westfalen mit einer vorbeugenden Politik zukunftssicher.

Dazu investieren wir in Kinder und Bildung und unterstützen Familien mit frühen Hilfen. Das spart später soziale Reparaturkosten. Unser Motto bleibt: „Kein Kind zurücklassen“. Wir setzen auf einen Staat, der in mehr Sicherheit investiert, der Städte und ländliche Regionen stärkt, der gutes Wohnen mit bezahlbaren Mieten sichert, der den digitalen Fortschritt voranbringt und der soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt stärkt.

NRW hat seit 2010 auch auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Vielfalt viel erreicht. Wir waren das erste Flächenland mit einem zielgenauen Aktionsplan und damit Vorreiter. Sogar die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz hat das als beispielhaft gelobt. Wir wollen die Ehe für alle. Der Ehebegriff im Grundgesetz sieht die Verschiedengeschlechtlichkeit nicht vor. Eine einfache gesetzliche Regelung ist daher – ohne Verfassungsänderung – möglich. Das ist Beschlusslage der SPD. In Deutschland ist es Zeit für ein klares Ja zur modernen Gesellschaft. Und die Ehe für alle gehört für mich dazu.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir setzen auf das Wir, das unser Land so erfolgreich und liebenswert gemacht hat. Auf Zusammenhalt und Zukunft. Für uns ist jeder, der hier lebt, der sich an Recht und Gesetz hält sich einbringt und anstrengt und mitmacht – für uns ist jeder wichtig.

Unsere Botschaft ist eindeutig. Egal, wo Du, Deine Familie, Deine Vorfahren herkommen; egal welcher Religion Du angehörst; egal, wen Du liebst und wie Du lebst – Du bist NRW. Du wirst gebraucht. Du bist ein Teil dieses wunderbaren vielfältigen, lebens- und liebenswerten Landes. Und es sind die vielen unterschiedlichen Teile, die dieses Land stark machen. Genau dafür steht die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen!

Und wir werden alle gemeinsam kämpfen in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten. Wir wissen: Wahlkampf heißt WAHLKAMPF. Und den Wahlkampf gilt es zu nutzen, weil er die Möglichkeit eröffnet, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und unsere Themen auf den Punkt zu bringen. Das wollen wir tun und das werden wir mit jeder Faser unseres Herzens tun! Wir alle stehen zusammen, wir sind eine große Einheit. Das hat uns bisher stark gemacht und das wird uns auch jetzt stark machen. Auf uns – auf Euch kommt es an. Glück auf und auf geht's!

Eure Hannelore



Bild: NRWSPDqueer ©

In einem Interview mit dem queeren Magazin „fresh“ hat sich der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Armin Laschet gegen die Öffnung der Ehe für Homo-Paare ausgesprochen. Er ist der Auffassung, dass das Grundgesetz diese nicht zulasse, da dort die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert sei.

Mit Blick auf den erstarkenden Rechtspopulismus gab Laschet an, das verschiedene Lebensentwürfe von Homo-, Bi- und Transsexuellen zu respektieren seinen.

Hierzu erklärt der Landesvorsitzende der NRWSPDqueer, Fabian Spies: Armin Laschet macht in seinem Interview im Szenemagazin „fresh“ deutlich, dass er nicht für das vielfältige und offene NRW steht, für das Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und die NRWSPD eintreten.

Wir können als queere Sozialdemokrat\*innen nur spekulieren, ob Herr Laschet, das Grundgesetz nicht kennt oder nicht kennen will. Fakt ist, das Grundgesetz gibt nicht an, welche Geschlechter Menschen haben müssen, um eine Ehe einzugehen.

Aber nicht nur bei der Eheöffnung wird deutlich, welchen queerpolitischen Kurs ein CDU-geführtes NRW einschlagen würde. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\*- und inter\* Menschen (LSBTI) verdienen mehr als nur Respekt. Diese Gruppe ist fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Hier bedarf es zu einem einer rechtliche Gleichstellung. Zum anderen ist es unerlässlich, auch den politischen Rahmen zu schaffen, der zur Akzeptanz von LSBTI führt.

Kampagnen und Projekte wie „anders und gleich“, „SCHLAU NRW“ oder die Fachstelle „gerne anders“ sind hier Beispiele einer gelungen Queer-Politik.

Gerade in Zeiten von Hetze, Rechtspopulismus sowie von wieder wachsender Homo-, Bi- und Transphobie braucht es eben mehr als nur Respekt. Hannelore Kraft und die SPD geführte Landesregierung haben bewiesen, dass LSBTI für sie kein lästiges Randthema darstellt.

<http://nrwschwusos.de/2017/02/danke-fuer-ihren-respekt-herr-laschet-aber-wir-lstbi-verdienen-mehr-gleichstellung-und-akzeptanz/>

## DIE WUNDERPILLE GEGEN HIV-FLUCH ODER SEGEN?

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DER SPDQUEER KÖLN  
**MITTWOCH, 08.03.2017, 19.30 UHR**  
 RUHRPOTT, BALDUINSTRASSE 20, KÖLN





GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS- EINE KLARE HALTUNG GEGEN HETZE UND POPULISMUS IST GEFRAGT!

SASCHA RONCEVIC

Bild: NRWSPDqueer ©

Der 27. Januar wurde im Jahr 1996 durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bestimmt. Historischer Hintergrund ist die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Seit nun einundzwanzig Jahren wird an diesem Tag an die Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden erinnert. Gleichzeitig wird aber auch der anderen Opfer des Nationalsozialismus gedacht: der Euthanasieopfer, der Sinti und Roma, der Kommunist\*innen, der Sozialdemokrat\*innen und der Homosexuellen. Angesichts eines erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus ist dieser Gedenktag für die NRWSPDqueer (Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung in der NRWSPD) mehr denn je auch eine Mahnung, für unser vielfältige Demokratie einzutreten und erkämpfte Fortschritte zu verteidigen.

Hierzu erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende Sascha Roncevic: Lesbische Frauen und schwule Männer mussten sich im Dritten Reich verstellen und ihre sexuelle Identität verbergen.

Sie wurden unwürdig behandelt und ermordet. Das begangene Unrecht reichte dabei etwa in Form des verschärften §175 noch weit über die Nazi-Herrschaft hinaus. Lange Zeit wurden Schicksale totgeschwiegen. Eine Aufarbeitung des Unrechtsparagrafen, eine Rehabilitierung sowie eine Entschädigung der Opfer wurde endlich im vergangenen Jahr durch Bundesjustizminister Heiko Maas initiiert und befindet sich auf einen guten Weg. Darauf haben wir in der SPDqueer lange hingearbeitet und begleiten diesen Weg daher konsequent und engagiert.

Aus Erinnerung lernen, um Irrwege zu vermeiden. – das war erklärte Absicht des kürzlich verstorbenen Roman Herzogs, als er vor einundzwanzig Jahren den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus einführte. Dieses Anliegen aufzugreifen, scheint in Zeiten von Fake-News und „alternativen Fakten“ dringender denn je. Eine neu erstarkende rechte Bewegung macht Stimmung gegen Schwule, Lesben und Trans\*-Menschen. Proteste gegen Bildungspläne und Aufklärung an Schulen werden genutzt, um Homosexualität in die Nähe von Pädophile zu rücken.

Genderngerechtigkeit und Gleichstellungspolitik werden als zwangsverordnete Wahn-Ideologie abgelehnt und Trans- sowie Homophobie werden immer offener an den Tag gelegt. So wünscht sich die AfD in Baden-Württemberg etwa russische Verhältnisse, wenn sie „jegliche staatliche Propaganda an Schulen, in Massenmedien oder im öffentlichen Raum für bestimmte sexuelle Orientierungen“ ablehnt, die nicht der klassischen Familie entsprechen. Dasselbe politische Lager betreibt auch etwa in den sozialen Medien eine unsäglich Hetze gegen Ausländer\*innen und Asylsuchende. Diese werden unterdrückt, verfolgt und durch Krieg und Tyrannei vertrieben. Unter ihnen sind auch Lesben, Schwule und Trans\*-Personen, die unseren Schutz und unsere Solidarität bedürfen. In fast 80 Staaten werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*- oder Inter-Menschen strafrechtlich verfolgt; in sieben Staaten droht sogar die Todesstrafe.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mahnt uns die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten. Daher müssen wir das Asylrecht als individuelles Menschenrecht sehen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wollen wir nicht hinnehmen. Neben Unwahrheiten und Verleumdungen werden Schwule und Lesben auf perfide Art angeführt, um die Gefahr einer Islamisierung zu bekräftigen. Hier werden bewusst verschiedene Teile der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt. Deswegen ist eine klare Haltung gegen Hetze und Populismus gefragt! Wir fordern alle Lesben, Schwule, Bisexuellen, Trans\*- und Inter-Menschen, sich nicht von den rechten Hetzern und Demagogen instrumentalisieren zu lassen!



Bild: NRWSPDqueer ©

Kurz vor dem beginnenden Landtagswahlkampf im bevölkerungsreichen Bundesland nehmen die queeren Sozialdemokrat\*innen die LSBTIQ\*-Politik ihrer Landesregierung unter die Lupe, ohne dabei die rosa-rote Brille zu tragen.

Hier zu erklärt Fabian Spies, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung: NRW ist ein offenes und vielfältiges Bundesland. Hierzu hat auch die SPD-geführte Landesregierung beigetragen. Auch LSBTIQ\*-Themen wurden von ihr aktiv angegangen. Eine der weitreichenden Maßnahmen, ist sicher der landesweite Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie, der 2012 beschlossen wurde, um die Gleichstellung und LGBT-Akzeptanz zu fördern. Mehr als sieben Millionen Euro sind seitdem in Leistungen mit queerpolitischem Bezug investiert und über 100 Maßnahmen umgesetzt worden. Darüber hinaus sind fast alle Ministerien der Landesregierung an der bisherigen Umsetzung und den aktuellen Programmen beteiligt gewesen.

Auch bei der Aufarbeitung der Folgen des Unrechtsparagrafen §175 gibt es noch viel zu tun. Im trans\*-politische Bereich hat sich "Netzwerk Geschlechtliche Vielfalt Trans\* NRW" gegründet. Zusammen mit der LAG Lesben in NRW und dem Schwulen Netzwerk, leistet es wichtige Arbeit vor Ort, die weiter gefördert werden muss.

Klar ist, die SPD trägt zur gelungenen Queer-Politik der Landesregierung aktiv bei und lässt nicht nur andere gewähren. Dies wird deutlich, wenn man mal über den Tellerrand in Bundesländer schaut, in denen Sozialdemokrat\*innen nicht mehr an der Regierung beteiligt ist. In Hessen stimmte man gegen den SPD-Antrag LSBTIQ\*-Vertreter\*innen in den Rundfunkrat zu entsenden. In WDR-Rundfunkrat teilen sich das Schwule Netzwerk und die LAG Lesben einen Sitz. Nachdem im vorläufigen baden-württembergischen Landeshaushalt, sämtliche Mittel für queere Projekte gestrichen wurden, sind im aktuellen Entwurf nach heftigen öffentlichen Protest der SPD-Fraktion immerhin 250.000€ veranschlagt.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist dies jedoch eine Halbierung der Mittel. 2015 und 2016 flossen noch jeweils 500.000€ in Aktionsplan "Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg". Dem gegenüber haben wir in NRW eine Landesregierung, die das Anlagevermögen der queere Arcus-Stiftung mit knapp 136.000€ verdreifacht.

Wir haben aber auch die Zukunft im Blick. Unser sozialdemokratisches Wahlkampfprogramm vergisst LSBTIQ\* nicht. Vielfältige Lebensentwürfe stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Um diese Diversität zu erreichen, müssen wir in zahlreichen Bereichen ansetzen. Homosexualität und Trans\*Identitäten, müssen sich etwa in Schulbüchern widerspiegeln. Die Sensibilisierung von Pflegekräften muss ebenso gefördert werden wie etwa die von Beratungsstellen, insbesondere Familienberatungsstellen.

Wir wissen, wir können uns nicht auf Erreichtem ausruhen. So bleibt es eine stetige Aufgabe sich dafür einzusetzen, dass Menschen in NRW unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität ein selbstbestimmtes Leben führen können. Daran haben wir die letzten Jahre gearbeitet und werde dies auch weiter vorantreiben.



**RECHTEN PAROLEN ETWAS ENTGEGEN SETZEN**

Bild: NRWSPDqueer ©

Körpersprache, ein ruhiges Auftreten oder der Einsatz von Witz und Ironie können probate Mittel sein, um eine Diskussion mit Populisten erfolgreich zu bestreiten. Auch haben die Teilnehmer\*innen herausgearbeitet, dass man nicht in jedes Gespräch mit Populisten einsteigen muss. Dies heißt nicht, dass man ihnen das Feld überlasse. Ganz im Gegenteil: drückt man deutlich aus, dass einige Positionen völlig indiskutabel sind, so zeigt man Haltung und klare Kante.

Insgesamt wurde der viereinhalb stündige Workshop von den Teilnehmer\*innen positiv aufgenommen. So urteilte etwa Esra I, aus Bedbrug: „ Es war ein super Workshop in einer tollen Runde! Ich fand's sehr gut dass Alex auch die Körpersprache thematisiert hat. Denn diese ist ein wesentlicher Bestandteil bei einer Diskussion! Danke für die Organisation!“

Wir haben es sicher alle schon erlebt, dass wir am Infostand von Passanten in Gespräche verwickelt wurden, in denen wir mit deren populistische Ausschweifungen konfrontiert werden. Oft genervt und manchmal wütend fragt man sich, wie man mit dieser Situation umgehen soll. Aber auch im Alltag begegnen wir immer öfter populistischen und rechtspopulistischen Parolen: Sei es der klassische Stammtisch, der Sportverein, der Arbeitsplatz, bei Freunden und Bekannten oder gar in der eigenen Familie. Der aufkeimende Rechtspopulismus geht Hand in Hand mit Homo- und Transphobie.

Daher hat die NRWSPDqueer am 04.03.2017 einen Workshop angeboten, der für die Gefahren von rechtspopulistischer und populistischer Bestrebungen sensibilisiert und mögliche Lösungswege für den Umgang mit diesen aufzeigt. Rund zwanzig Teilnehmer\*innen haben an der Veranstaltung teilgenommen.

Im Forum der KölnSPD wurde unter der Leitung von Alexander Klomparend methodisches Fachwissen im Umgang mit populistischen Argumentationen vermittelt. Dabei haben sich die Teilnehmer\*innen auch inhaltlich mit der AfD und Wutbürgern auseinandergesetzt. Auch wenn von Anfang an festgestellt wurde, dass es nicht das eine Rezept gegen Rechtspopulismus gibt, so wurde jedoch gemeinsame Gegenargumente erarbeitet und Argumentationstechniken erarbeitet.



Bild: NRWSPDqueer ©

In zahlreichen Praxisbeispielen wurde erarbeitet, dass es nicht nur drauf ankommt, was man AfD und Wutbürgern entgegengesetzt, sondern auch wie.

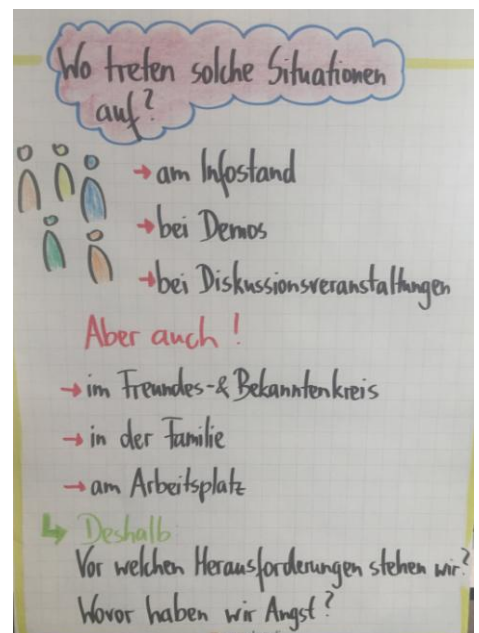


Bild: NRWSPDqueer ©